

„Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche“. Eine Tradition des ökonomischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der 17. Juni 1953

Jörg Roesler

1. Die Normenfrage aus Sicht der am 17. Juni 1953 streikenden Belegschaften

„Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche“. Das Auftauchen dieser Losung ist vermerkt in einem Bericht über den Instruktoreinsatz beim Gebietsvorstand der IG Te-Be-Le (Textil-Bekleidung-Leder) in Glauchau-Meerane, einem der Zentren der sächsischen Textilindustrie. Datiert ist der Bericht an den Bundesvorstand mit dem 8. Juni 1953.¹

Was an Unwillensäußerungen über Leistungslohn und Normenarbeit Anfang Juni 1953 noch als Zettel innerhalb der Betriebe kursierte, wurde am 17. Juni 1953, meist in Form von ad hoc zustande gekommenen Resolutionen streikender Betriebsbelegschaften an den FDGB-Bundesvorstand bzw. die Regierung der DDR, in die Öffentlichkeit getragen. Gefordert wurde von den Streikenden vielfach die „Beseitigung der Normerhöhung“. Rückgängig gemacht werden sollte die am 14. Mai 1953 vom ZK der SED beschlossene allgemein obligatorische Steigerung der Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent, die am 28. Mai vom Ministerrat der DDR zum Gesetz erhoben worden war.²

In einem Teil der Betriebe wurden generell Forderungen an die Normung gestellt: verlangt wurde im Roßlauer Schiffswerk eine „gesunde Norm“, die einen „anständigen Stundenlohn“ ermögliche, letztlich, als ultimatives Ziel, ein „gerechter Lohn“. Wie die Normen (und die Löhne) dann auch immer ausgesehen hätten, ein Teil der streikenden Betriebsbelegschaften ging noch weiter als die Roßlauer: „Weg mit den Normen!“ wurde im Bunawerk in Schkopau gefordert. Über Betriebsfunk verkündeten die Streikenden: „Alle Funktionäre (sind) ihrer Funktion enthoben und auch die Normierer gelten als entlassen“. Die generelle „Abschaffung aller Normen“ forderten ebenfalls die Streikenden der Filmfabrik Wolfen. Auch in den „Halloren“ Süßwarenwerken plädierten die Arbeiter für „Sofortmaßnahmen zur Aufhebung des Normensystems“ und die „Einführung eines normalen und gesunden Stundenlohnes“. Offensichtlich hielten die Streikenden in einer ganzen Anzahl von Betrieben Leistungslohn und „gesunde bzw. gerechte Entlohnung“ für unvereinbar miteinander und mit ihren Vorstellungen von Überwindung der (kapitalistischen) Ausbeutung. Die Forderung der Diamant-Werker nach „Abschaffung der Akkord-

1 SAPMO-BArch, CY 34, 15/194/1499, unpag.

2 Bekanntmachung des Beschlusses über die Erhöhung der Arbeitsnormen, 28.5.1953, GBl. DDR 1953, S.781-783.

arbeit“ spiegelt dies durch bewußte Nutzung der seit 1948 in Ostdeutschland offiziell verpönten Bezeichnung für den Stücklohn nur allzu deutlich wieder.³

2. Der Kampf gegen das Akkordsystem in Deutschland vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

„Akkord ist Mord!“ hatte es bereits in den 20er Jahren geheißt, als in deren zweiter Hälfte eine auf die Erkenntnisse des Amerikaners Frederick W. Taylor gestützte Rationalisierungswelle die deutschen Großbetriebe erfaßte, die die Arbeitsplätze neu bestimmte und das Arbeitstempo erhöhte.

Doch die 20er Jahre waren nicht der Beginn der Auseinandersetzung der deutschen Proletarier mit der Akkordarbeit. Der lag damals bereits drei Jahrzehnte zurück. Im Jahre 1887 hatte der 4. Kongreß der Maurer Deutschlands die Forderung nach „Abschaffung der Akkordarbeit“ gestellt.⁴ Um diese Zeit begannen die gewerkschaftlichen Vertreter weiterer Berufsgruppen, so die Former der Eisenindustrie und die Textilarbeiter, mit ihrer Agitation gegen die „Stücklöhnung“.⁵ Diese Bekundungen lassen erkennen, daß die Arbeiterschaft die neue Methode der Ausbeutung, der sich die Unternehmerschaft zunehmend bediente, seit die Gewerkschaften beim Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages erste Erfolge erreicht hatten, durchaus ernstnahm. Kaum wurden auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung auch in Deutschland Erfolge verzeichnet - die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden sank z.B. in der deutschen Textilindustrie zwischen 1875/80 und 1890/95 von 72 auf 65 Stunden⁶ - wurde seitens der Unternehmer versucht, verlorenes Terrain mittels der Akkordarbeit über die Erhöhung der Arbeitsintensität zurückzugewinnen. Marx hatte auf das neue Feld des ökonomischen Kampfes frühzeitig hingewiesen: „Selbst bei gegebenen Grenzen des Arbeitstags“, schrieb er, „kann eine Lohnsteigerung notwendig werden, schon um den alten Normalwert der Arbeit aufrechtzuerhalten. Durch Erhöhung der Intensität der Arbeit mag ein Mann dazu gebracht werden, in einer Stunde soviel Lebenskraft zu verausgaben wie früher in zwei. Dies ist in den Geschäftszweigen, die der Fabrikgesetzgebung unterworfen wurden, bis zu gewissem Grade geschehen durch beschleunigten Lauf der Maschinerie und Vermehrung der Zahl der Arbeitsmaschinen, die ein einzelner nun zu überwachen hat. Wenn die Zunahme der Arbeitsintensität oder der in einer Stunde verausgabten Arbeitsmasse der Verkürzung des Arbeitstags einigermaßen angemessen ist, so wird der Arbeiter noch im Vorteil sein. Wird diese Grenze überschritten, so verliert er in der einen Form, was er in der anderen gewonnen, und 10 Arbeitsstunden können dann ebenso ruinierend werden

3 Die Forderungen sind wiedergegeben nach Angelika Klein: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Heft 1-3, Potsdam 1993.

4 Siehe Ludwig Bernhard: Die Akkordarbeit in Deutschland, Leipzig 1903, S.59-61.

5 Siehe Aktivisten, Hennecke-Bewegung und Steigerung der Arbeitsproduktivität. Schulungsmaterial für Betriebsfunktionäre 5/1949, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, S.89.

6 Siehe Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd.4 (1871-1918), Berlin 1982, S.343.

wie früher 12 Stunden. Tritt der Arbeiter dieser Tendenz des Kapitals entgegen, indem er für eine der steigenden Intensität entsprechende Lohnsteigerung kämpft, so widersetzt er sich nur der Entwertung seiner Arbeit.⁴⁷

Die Arbeiterschaft reagierte auf den Akkordlohn ganz im Sinne von Marx. Die Gewerkschaften versuchten, das hemmungslose Streben der Unternehmer nach Steigerung der Arbeitsleistung durch die Festsetzung von Akkord-Richtsätzen in den Tarifverträgen einzudämmen. Ziel war es, den an 100prozentige Normerfüllung orientierten Akkordrichtsatz so zu gestalten, daß er über dem tariflichen Zeitlohnsatz stand, um so durch eine höhere Bezahlung Kompensation für die generell höhere Arbeitsintensität der im Akkord Arbeitenden zu erreichen. Die Unternehmer antworteten auf derartige von seiten der Arbeiter erkämpfte Akkord-Richtsätze gern mit der Anwendung einer spezifischen Kampfmaßnahme, für die etwa um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der Begriff „Akkordschere“ aufkam. Gemeint war damit die permanente Verringerung der Vorgabezeiten im Akkordlohn durch Heraufsetzen der (stets von einem Teil der Arbeiter überbotenen) durchschnittlichen Leistung, so daß die individuelle Leistung jedes Arbeiters gesteigert werden mußte, um erneut die Normleistung (für die der Akkordrichtsatz vereinbart wurde) zu erreichen. Mit der „Akkordschere“ wurde die von den Gewerkschaften über den Akkord-Richtsatz erkämpfte höhere Entlohnung für gestiegene Arbeitsintensität regelmäßig wieder zunichte gemacht – sofern sich das die Arbeiter gefallen ließen.

Gegen die neue Form der Lohndrückerei entwickelte die Arbeiterschaft in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts eine wirksame Kampfform: Die Arbeiter griffen zur organisierten Leistungszurückhaltung. Sie beinhaltete im Prinzip das Nichtausschöpfen der eigenen Leistungsfähigkeit durch die jüngeren bzw. geschickteren Arbeiter als Form der Solidarität gegenüber Kollegen, die ein höheres Arbeitstempo nicht mithalten konnten. In einer zeitgenössischen Darstellung hieß es dazu: Gegen die Akkordschere „kämpfen die Arbeiter mit allen Mitteln, die ihnen ihre gewerkschaftliche Organisation oder ihr Solidaritätsgefühl zur Verfügung stellt, (um) die Akkordzeit in ihrem Interesse möglichst lange zu halten. Das Bemühen, durch schnelleres Arbeiten sich einen höheren Akkordlohn zu verdienen, wird von allen organisierten Arbeitern als schimpfliche Akkorddrückerei angesehen. Der Betreffende wird fast wie der Streikbrecher von seinen Kollegen förmlich geächtet. Man kann es deshalb als einen dem Streik ähnlichen Vorgang ansehen, wenn in einer Werkstatt Verabredungen getroffen werden, für einen bestimmten Akkordpreis nicht mehr als das verabredete Quantum Arbeit zu leisten.“⁴⁸

Lieber als der durch „Akkordbrecher“ immer wieder gefährdete Kampf gegen die Akkordschere wäre den Arbeitern die Abschaffung des Akkordlohnes und die generelle Rückkehr zum Zeitlohn gewesen. Doch das Kräfteverhältnis ließ das nicht zu. Jedenfalls nicht, bevor die herrschenden Kreise in Deutschland 1918 nach dem verlorenen Weltkrieg in eine schwere politische Krise gerieten. Während der

7 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S.145.

8 Fritz Schulte: Die Entlohnungsmethoden in der Berliner Maschinenindustrie, Berlin 1906, S.51f., 55.

Novemberrevolution sahen die deutschen Arbeiter erstmals eine Chance, sich des verhaßten Akkordlohnes zu entledigen. Bis zum Jahre 1920 gingen sie in breiter Front gegen den Stücklohn als Ausdruck kapitalistischer Ausbeutung vor. In vielen Betrieben gelang damals die Abschaffung des Akkordlohnes, in anderen wurde dessen Stellenwert erheblich gemindert.⁹

Erst nach dem Ende der Inflation und mit dem Einsetzen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ab 1924 funktionierte der Akkordlohn wieder in vollem Umfang als leistungspolitisches Instrument der Unternehmer. 1925 war die Akkordarbeit in 37 Prozent der Tarifverträge, die für 62 Prozent der im Rahmen von Tarifverträgen Beschäftigten galten, erneut verankert. Ein Jahr zuvor war als Bestandteil dieser lohnpolitischen Offensive des Kapitals der „Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung (REFA)“ gebildet worden. Bis Ende der 20er Jahre entstand eine umfassende Organisation von REFA-Schulen, REFA-Lehrern und REFA-Ingenieuren. Ausgehend von der Metallindustrie drang mit den REFA-Leuten die kapitalistische Rationalisierung in alle Industriezweige vor.¹⁰ Zwischen 1925 und 1929 stieg nach Berechnungen von Jürgen Kuczynski die Leistung des einzelnen Arbeiters um 18 Prozent an gegenüber 3,4 Prozent in den Jahren 1913-1924.¹¹ Offensichtlich waren die vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten Formen des Kampfes gegen die „wissenschaftliche Schweißauspressung“ der neuen, durch tayloristische Arbeitsstudien untermauerten Leistungslohnoffensive, nicht mehr ausreichend gewachsen. Ende der 20er Jahre lief unter den Berliner Arbeitern, ein Vers um, der auf die mit Hilfe des Taylorismus erreichte Arbeitshetze in Berliner Großbetrieben anspielte. Er läßt wegen seines resignativen Tones aufhorchen: „Wer nie bei Siemens-Schuckert war, bei AEG und Borsig, der kennt den Ernst des Lebens nicht, der hat ihn erst noch vor sich!“¹²

3. Der Verfall der Leistungsentlohnung im Vierzonendeutschland während der ersten Nachkriegsjahre

Das Gefühl der Schwäche und Hilflosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber dem Akkordlohn schwand erst, als mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die herrschende kapitalistische Ordnung in Deutschland erneut, wie zuvor schon 1918, in Frage gestellt war – im Osten wie im Westen. Wie 25 Jahre zuvor schien die Möglichkeit zu bestehen, den verhaßten Akkordlohn ganz abzuschaffen, zugunsten eines „gesunden Stundenlohnes“. So sahen es jedenfalls viele Arbeiter, Betriebsräte und auch Gewerkschaftsvertreter vor Ort in allen vier Besatzungszonen.

9 Siehe Lohnformen der kapitalistischen Wirtschaft im Gegensatz zu Lohnformen in der demokratischen Wirtschaft. Schulungsmaterial für Betriebsfunktionäre 2/1949, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, S.8f.

10 Siehe Engelbert Pechhold: 50 Jahre REFA, Berlin u. a. 1974.

11 Siehe Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien Bd.5 (1918-1945), Berlin 1982, S.159.

12 Willi Mann: Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der deutschen Hauptstadt, Berlin o. J. (1957), S.120.

Im Unterschied zu 1918 unternahmen die Gewerkschaften nach 1945 weder in den Westzonen noch in der sowjetischen Besatzungszone den direkten Versuch, den bei den Arbeitern verhaßten Stücklohn abzuschaffen. Der Grund dafür war nicht eine neue Sicht auf den Leistungslohn. Vielmehr „gab es Hinweise“, schreiben Schmiede und Schudlich über die Westzonen, „daß in der Arbeiterschaft das Mißtrauen gegen den Leistungslohn, insbesondere gegen den REFA-Akkord eher noch zugenommen“ hatte¹³. Wenn es trotzdem nicht zu einer ähnlichen machtvollen Bewegung gegen den Akkordlohn wie in der Novemberrevolution 1918 kam, so lag das an einer Entscheidung der Siegermächte, die direkt in Frage zu stellen keine deutsche Institution in den ersten Nachkriegsjahren wagen konnte. Die in der Kontrollratsdirektive Nr. 14 festgeschriebene Fortsetzung des Akkordlohnsystems trug allerdings keinen lohnpolitischen Charakter. Mittels Lohnstop sollten inflationäre Tendenzen gebannt werden.

Der Beschluß des Alliierten Kontrollrats wurde entsprechend der dualen Konstruktion des Besatzungsregimes in Deutschland¹⁴ durch Beschlüsse auf Zonenbasis ergänzt. So bestätigte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) für ihre Zone mit dem Befehl Nr. 180 vom Dezember 1945 ausdrücklich die Weiterexistenz des Stücklohnes. Blieb de jure damit die Entlohnungsmethode unverändert, so geriet der Akkordlohn de facto in eine tiefe Krise. Diese war vor allem das Ergebnis einer gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend gewandelten materiell-technischen Situation der Unternehmen. Kriegszerstörungen und Demontagen in den Betrieben und in der Verkehrsinfrastruktur zwangen allzu oft zu Improvisationen und Notlösungen, um die ständig auftretenden Produktionsengpässe zu bewältigen. Unter diesen Umständen trat an die erste Stelle der betrieblichen Prioritätenliste die Inbetriebnahme bzw. Inganghaltung der Anlagen. Ihre optimale Nutzung stand zunächst nicht zur Debatte. Diese Haltung der Betriebsleitungen war unabhängig davon, ob es Unternehmen in der sowjetischen Besatzungszone waren, die teilweise bereits beschlagnahmt und durch Landes-Wirtschaftsbehörden mit Unterstützung der örtlichen Betriebsräte geleitete wurden oder ob es sich nun um weiterhin privat betriebene Unternehmen, vorrangig in den Westzonen, handelte.

In Ost- und Westdeutschland ganz ähnlich war in den ersten Nachkriegsjahren auch das als Bewirtschaftung bezeichnete behördlich gelenkte Wirtschaftssystem. Für die Bevölkerung sah es eine Grundversorgung über ein Kartensystem vor. Die Grundversorgung war zwar gesichert, doch mußte die Bevölkerung eine enorme Senkung des Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit in Kauf nehmen. In Kalorien pro Kopf gemessen lag das tatsächliche Verbrauchsniveau in der Viersektorenstadt Berlin z.B. noch im September 1946 bei nur 55 Prozent des Landesdurchschnitts

13 Rudi Schmiede/Edwin Schudlich: Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. M 1977, S.319.

14 Siehe Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S.229.

von 1936. Ähnlich schlecht war es um die Ernährung in den vier Besatzungszonen bestellt.¹⁵ Angesichts der allgemeinen Unterernährung und der daraus resultierenden physischen Leistungsschwäche der Arbeiter ließ sich das Akkordsystem, das höhere physische Verausgabung von Leistungskraft zur Grundlage von mehr Lohn machte, faktisch nicht mehr aufrechterhalten. So war es nicht verwunderlich, daß sich z.B. in der sowjetischen Besatzungszone der Anteil der Akkordlöhner an den Industriearbeitern etwa um die Hälfte, von ca. 50 auf 20 bis 25 Prozent verringerte.¹⁶ Dort, wo man nicht umhin konnte, den Leistungslohn aufrechtzuerhalten, vor allem im Bergbau, einigten sich Werkleitung und Gewerkschaftsleitung relativ rasch auch auf eine drastische Herabsetzung der Normleistung bzw. der durch diese definierten Norm. Im Mansfelder Kupferschieferbergbau wurden z.B. die Vorgabezeiten im Ergebnis der Neudefinition der Normleistung um 30 bis 40 Prozent gesenkt.¹⁷ Entsprechende Forderungen wurden auch in den Westzonen laut. In die einst von den REFA-Leuten für den Kohleabbau an der Ruhr festgestellte Normleistung sollte ein Faktor eingebaut werden, der die schlechte Ernährungslage berücksichtigte. Anders als im Mansfelder und anderen Bergbaurevieren der SBZ wurde die Verringerung der Normleistung in den Westzonen von den Unternehmen offiziell nicht akzeptiert, auch wenn der Funktionsverlust des Akkordlohnes im Westen wahrscheinlich nicht weniger ausgeprägt war als im Osten Deutschlands.¹⁸

Im Osten meinten zunächst nicht nur die Arbeiter, sondern auch führende Wirtschaftsfunktionäre der SED, die immer mehr die Eigentümerfunktion für die beschlagnahmten Betriebe wahrnahmen, daß der Akkordlohn als materieller Anreiz in einem zukünftigen sozialistischen Deutschland überflüssig sein werde. Fritz Selbmann, leitender Wirtschaftsfunktionär aus Kreisen der KPD/SED und ab 1949 erster Industrieminister der DDR, meinte beispielsweise, die hoffnungsvollen Zeichen eines neuen Verhältnisses zur Arbeit bei den „Aktivisten der ersten Stunde“ gefunden zu haben, die „auf dem Fundament ihrer zukunftsweisenden politischen Zielsetzung und der Liebe zu ihrem Volke die Führung im Aufbauwerk übernahmen.“¹⁹ In den Westzonen dagegen setzten Wirtschaftsbehörden und Besatzungsmächte nicht auf den Idealismus der Arbeiter, sondern auf deren materielle Interessiertheit. Im Ruhrkohlebergbau wurde im Januar 1946 das sogenannte „Bergarbeiter-Punktsystem“ eingeführt. Ausgehend von unter Gewerkschaftseinfluß neu definierten Gedingesätzen erhielten die Ruhrkumpel bei Übererfüllung der Norm Zusatzpunkte, die ein zusätzliches Einkommen brachten. Für die Zusatzpunkte standen - nur für die Bergarbeiter unter Tage - Trinkbranntwein,

15 Siehe Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S.270-271.

16 Siehe die Schätzung von Harry Matthes: Das Leistungsprinzip als Grundlage der Entlohnung in der volkseigenen Wirtschaft, Berlin 1954, S.58.

17 Siehe Fritz Selbmann: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1974, S.135.

18 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.315.

19 Selbmann, Reden und Aufsätze, S.56.

Kaffee, Zucker, Zigaretten und Speck außerhalb der Lebensmittelkartenversorgung zur Verfügung. Das „Bergarbeiter-Punktesystem“ führte zu einer Verbesserung der gegenüber 1936 in der Nachkriegszeit auf 55,5 Prozent abgefallenen Arbeitsleistung.²⁰

Mit einer Verzögerung von weniger als einem Jahr wurde auch in der SBZ erkannt, daß für die Ankurbelung der Arbeitsleistung im volkswirtschaftlichen Maßstab die Anstrengungen der verhältnismäßig kleinen Schar der „Aktivisten der ersten Stunde“ nicht ausreichten. Der „Blick zurück“ auf Lohnsysteme mit materiellem Anreiz war in dieser Lage für die Wirtschaftsfunktionäre der SBZ fast unvermeidbar. Fritz Selbmann sprach das offen aus: „Ich glaube nicht, daß wir diese Initiative, diese Massenbewegung, diese [...] Begeisterung zur höchsten Arbeitsleistung erreichen, wenn wir nur das ideologische Moment sprechen lassen. [...] Es ist notwendig, dem einzelnen Aktivisten zu zeigen, seine Höchstleistung verbessert nicht nur die Lage unseres Volkes, sondern auch seine persönliche Lage. Das ist nur dadurch zu erreichen, [...] daß der Arbeiter weiß, wenn ich [...] über die Norm erfülle, steigt mein Lohn an. Nur dadurch wird der Anreiz gegeben für einen breiten, massenweisen Einsatz unserer Belegschaften zur Erzielung von Höchstleistungen.“²¹

Im Frühsommer 1947 setzte unter den Wirtschaftsfunktionären eine intensive Debatte über Akkordarbeit ein, die dann im Motto des II. SED-Parteitag vom September 1947 - „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ - ihren Niederschlag fand. Die Werktätigen zu mobilisieren und zu integrieren, ihre Leistungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, wo die alten systembedingten Leistungszwänge im Form des Markt- und Konkurrenzmechanismus weitgehend entfallen waren, die Arbeitsproduktivität, die im höchsten Falle 60 Prozent des Jahres 1936 entsprochen hatte²², kontinuierlich zu steigern, war zu einem entscheidenden Faktor für den Wiederaufbau in Ostdeutschland geworden.²³ Nach dem SED-Parteitag wurde im Oktober 1947 der - mit deutscher Beteiligung vorbereitete - SMAD-Befehl Nr. 234 verkündet. Eine wesentliche Rolle spielte im Befehl das zusätzlich zu den Kartenrationen eingeführte warme Betriebsessen, das nach Leistungskriterien verteilt wurde. Doch blieb eine derartige - durch Naturalien gestützte - Rückkehr zum Akkord- bzw. Leistungslohn in der SBZ - ebenso wie das Punktesystem für Bergarbeiter an der Ruhr in den Westzonen - zunächst noch die Ausnahme.²⁴

20 Siehe Werner Abelshauer: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S.38-43.

21 Selbmann, Reden und Aufsätze, S.136.

22 Siehe ebenda, S.135.

23 Siehe auch Klaus Ewers: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR. Ein historisch-soziologischer Beitrag zur innerbetrieblichen Lohngestaltung - von 1945/46 bis zu den langfristigen Folgewirkungen des 17. Juni 1953, Bielefeld 1985, S.1.

24 Siehe Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949. Dokumente und Materialien, Berlin 1984, S.191-200.

4. Die Wiederherstellung der Dominanz des Leistungslohns in Deutschland ab 1948

Erst im Herbst 1948 konnte im größeren Maßstab daran gegangen werden, die „Nachkriegsschwäche“ des Leistungslohnes zu überwinden. Das war einerseits darauf zurückzuführen, daß die sich für die Anwendung des Leistungslohns ungünstigen Faktoren mit fortschreitendem Wiederaufbau abschwächten. Andererseits gaben die Gewerkschaftsführer ihre traditionell ablehnende Haltung gegenüber der Leistungsentlohnung - in der Ostzone wie in den Westzonen - auf. Im Osten war im Frühjahr 1948 das 1945 beschlagnahmte Eigentum der Großunternehmen in Volkseigentum umgewandelt worden. Ebenso wie die SED-Führer sahen zunehmend auch der Bundesvorstand des FDGB und die Leitungen der Industriegewerkschaften eine völlig neue Situation entstanden. Größere Arbeitsanstrengungen würden nunmehr direkt den betroffenen Arbeitern durch höheren Lohn und indirekt allen Werkträgern durch eine Beschleunigung des Wiederaufbaus zugute kommen. Diese Haltung kam in der neuen Losung der Gewerkschaften „Akkord ist Mord, Leistungslohn ist Leben!“²⁵ zum Ausdruck.

Allerdings wußten die ostdeutschen Arbeiterfunktionäre, daß man den Belegschaften nicht nur mit Sprüchen kommen konnte. Ihnen war klar, daß eine 1:1-Einführung des alten Akkordsystems auf starken Widerstand der Arbeiter treffen würde. Deshalb verhielten sie sich bezüglich des sensibelsten Punktes des Akkordsystems, bezüglich der Normenfestlegung, sehr vorsichtig. Die REFA sei tot, betonten sie, die Arbeitsnormen hätten sich an einer „Normleistung“ zu orientieren, die auf der bisherigen, vergleichsweise niedrigen durchschnittlichen Leistung im jeweiligen Betrieb aufbaue. Auch würde die Höhe des Akkordverdienstes nicht begrenzt, d. h. eine hohe Normübererfüllung sollte nicht zwangsläufig eine Erhöhung der Norm nach sich ziehen. Ein derartiger Schritt wäre aber nur erlaubt, wenn sich die Arbeitsbedingungen änderten. Die Lohnsteuer für Akkordmehrverdienste hatte man teilweise abgeschafft. Die Akkordschere, mit deren Hilfe die Unternehmer eine im Vergleich zur Leistungszunahme unterproportionale Lohnsteigerung bezweckten, war mit diesen Maßnahmen aus dem Akkordlohnsystem - es wurde nun offiziell als Leistungslohn bezeichnet - verbannt.²⁶

Um die Arbeiter dazu zu bewegen, wieder zum Stücklohn zurückzukehren, wurde auch der progressive Leistungslohn entwickelt. Der versprach sogar eine überproportionale Zunahme der Lohnhöhe im Vergleich zur Leistungssteigerung.²⁷ Er wurde Ende 1948 massenweise auf der Grundlage erfahrungsgestützter Arbeitsnormen eingeführt.²⁸ Im Ergebnis stiegen die Löhne 1948 deutlich an. Doch war es nicht allein die Möglichkeit, durch Stücklohn mehr Geld zu verdienen, was dem Leistungslohn zum Durchbruch verhalf. Mindestens genauso wichtig war, daß

25 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1950, S.152.

26 Siehe Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995, S.22.

27 Siehe Gottfried Dittrich: Die Anfänge der Aktivistenbewegung, Berlin 1987, S.136.

28 Siehe Matthes, Leistungsprinzip, S.62.

ab Herbst 1948 mit der Gründung der HO die Möglichkeit entstand, das zusätzlich verdiente Geld in Waren über den Grundbedarf hinaus umzusetzen.²⁹

Doch die „Arbeiter an den Hebeln der Macht“ verlangten von dem „Arbeiter an der Werkbank“ auch die schrittweise Ersetzung der augenblicklichen (erfahrungsstatistischen) durch „echte“, auf Zeitaufnahmen beruhende Normen. Zu diesem Zweck wurden parallel zur Propagierung des Leistungslohnes im Herbst 1948 „Büros für Arbeitsvorbereitung“ geschaffen und bei der Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission eine „Zentrale Kommission für Arbeitsstudien“ gegründet. Hauptaufgabe des daraus im Mai 1949 hervorgegangenen „Zentralen Ausschusses für technische Arbeitsnormung“ war die Einführung technisch-begründeter Arbeitsnormen (TAN).³⁰ Dafür sollten neue Fachkräfte ausgebildet werden. Zunächst aber mußte vielfach noch auf die vorhandenen REFA-Ingenieure zurückgegriffen werden.³¹ Allerdings galt, „daß die Arbeiterschaft selbst gemeinsam mit der Betriebsleitung und unter Führung der Gewerkschaften die Stückpreise und Vorgabezeiten vereinbart“. Das Ergebnis sollten „technisch vertretbare und sozial (zu) verantwortende“ Normen sein.³²

Von den Arbeitern in den Fabriken und Werken vollzog nur ein kleiner Teil, die Hennecke-Aktivisten, jene Einstellungswandlung gegenüber dem Leistungslohn, wie ihn die Funktionäre im Bundesvorstand des FDGB und in den Spitzen der Industriegewerkschaften seit 1947/48 angestrebt hatten. Die große Mehrheit der Arbeiter beurteilte den Leistungslohn allein am Akkordüberverdienst, d.h. dem Mehrverdienst, den ein Leistungslöhner bei gleichem Zeiteinsatz gegenüber den Stundenlöhnern erzielen konnte. Der hing von zwei Variablen ab: der persönlichen Leistung des Stücklöhners und dem Akkord-Richtsatz, der wiederum auf der Normalleistung basierte. Wenn bei der Neufestsetzung der Normalleistung - was mittelfristig das Ziel der Einführung des Leistungslohnes war - von erfahrungsstatistischen zu TAN-Normen übergegangen würde, dann würde sich der Spielraum für Lohnerhöhungen verringern. Das wußten die Arbeiter, die die neuen Begriffe sehr schnell in die ihnen bekannten Kategorien aus der Zeit des Kampfes gegen die Akkordschere übersetzten, sehr genau. Sie waren entschlossen, ihren Lohn zu verteidigen.

Das merkten auch Werkleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und trauten sich oft nicht, „mit der Stoppuhr an den Arbeiter heranzutreten.“³³ Spielten dabei bei den unteren Chargen der Gewerkschaftsfunktionäre auch Unsicherheiten darüber eine Rolle, ob der propagierte „neue Charakter der Arbeit“ wirklich des alten verhaßten Akkordsystems bedürfe, so fehlte es bei den Werkleitungen an direktem Interesse an der Durchsetzung von TAN-Normen. Für die Einschätzung ihrer Managementleistung zählte fast nur die mengenmäßige Planerfüllung. Gelang es, die

29 Siehe Dittrich, Anfänge, S.139.

30 Siehe Marthes, Leistungsprinzip, S.135f.

31 Siehe Die Wirtschaft 7/1949, S.212.

32 Siehe u.a. Selbmann, Reden und Aufsätze, S.135.

33 Arbeit und Sozialfürsorge, 9/1949, S.203.

Produktion rasch zu steigern, dann waren überplanmäßig hohe Lohnstückkosten, hervorgerufen durch gravierende Übererfüllung der Norm, ein Kavaliersdelikt. Im Ergebnis dieser Interessenkonstellationen, aber auch von Kapazitätsproblemen bei der Zeitermittlung, kam es zwischen 1948 und 1952 trotz aller Bemühungen von SED- und FDGB-Führung nicht zur flächendeckenden Durchsetzung von technisch-begründeten Arbeitsnormen. Die Normenfrage blieb ungelöst. Während die Arbeiter die Anfang der 50er Jahre geltenden Normen als „gesund“ betrachteten, bemängelten SED- und Wirtschaftsführung, daß diese Normen doch keine „richtigen“ bzw. „echten“ und „noch keine wirklich vertretbaren Arbeitsnormen“ seien³⁴. Während sich in der SBZ seit dem Frühjahr 1948 alle wirklich bedeutenden Produktionsbetriebe „in Volkes Hand“ befanden, festigte in der Trizone die Währungsreform vom Juni 1948 die Position der privaten Unternehmer.³⁵ Das zeitgleich mit der Währungsreform verabschiedete Leitsatzgesetz gab Ludwig Erhard die Möglichkeit, vom Bewirtschaftungssystem zur freien Marktwirtschaft zurückzukehren.³⁶ Die Unternehmer konnten nunmehr wieder Profite realisieren. Die fielen um so höher aus, je niedriger die Kosten für die erzeugten Güter lagen. Damit war ihr Interesse an der Stärkung der Leistungsentlohnung wieder geweckt. Die technischen Voraussetzungen waren gegeben. Die REFA hatte sich ab 1946, zunächst auf Zonenbasis, wieder etabliert.³⁷

Doch eine Dominanz des Leistungslohnsystems zu erreichen, war nicht möglich ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften, deren gesellschaftliche Stellung auch 1948 noch ungleich stärker war als zur Zeit der REFA-Gründung Mitte der 20er Jahre. Die westdeutschen Gewerkschaftsführer waren bereit, ihre prinzipiell ablehnende Stellung zu den Akkordlöhnen aufzugeben.³⁸ Dabei spielte, genau wie im Osten, erstens die Erkenntnis eine Rolle, daß der Wiederaufbau, von dessen Gelingen alle Bevölkerungsschichten profitieren würden, auch die Steigerung der individuellen Leistung des Arbeiters erfordere. Zweitens waren die Gewerkschaftsführer der Meinung, daß das neue (West-)Deutschland ein zumindest arbeiterfreundlicher Staat sein werde³⁹, in dem die Gewerkschaften auf dem Wege der Mitbestimmung ihre wichtigsten sozialpolitischen Vorstellungen durchsetzen könnten. Das sollte sich später als Illusion erweisen.⁴⁰ 1948 jedoch und 1949 war in den Industriegewerkschaften die Überlegung, sich ganz auf den Kampf um die

34 Detlev Brunner (Hrsg.): Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996, S.77.

35 Siehe Siegfried Freick: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert, Schkeuditz 2001, S.136.

36 Siehe Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro. Hamburg 1998, S.58-61.

37 Siehe Pechhold, 50 Jahre REFA, S.116.

38 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.320f.

39 Siehe „Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch“. Protokoll. Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.-14. Oktober 1949. Reprint, Köln 1989.

40 Siehe Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S.270-279.

Mitbestimmung zu konzentrieren und den Unternehmern auf dem Gebiet des Akkordlohnes durch dessen prinzipielle Akzeptanz entgegenzukommen, weit verbreitet. Zwar enthielten die sozialpolitischen Grundsätze des im Oktober 1949 gegründeten DGB noch die vage Formulierung: „Die Arbeit ist eine persönliche Leistung des einzelnen für die Gesellschaft. Sie darf nicht als Ware gewertet werden.“ Ein direkt gegen den Akkordlohn gerichteter Antrag, der die „Beseitigung der Lohnsklaverei, des Verkaufs der menschlichen Arbeitskraft, durch eine richtige und gerechte Verteilung der [...] erwirtschafteten Erträge“ verlangte, wurde von der Industriegewerkschaft Textil/Bekleidung jedoch zugunsten der vageren Formulierungen im DGB-Programm zurückgezogen.⁴¹

Allerdings war auch den Gewerkschaftsführern der Westzonen bewußt, daß die Arbeiter bei der Wiederherstellung der Dominanz des Leistungslohnes nur mitmachen würden, wenn sie anhand der konkreten Regelungen erkennen könnten, daß die Zeiten des alten Akkordregimes vorüber waren. Für die Akkordlöhner vereinbarte die IG Metall in dem 1948 abgeschlossenen Manteltarifvertrag mit den Unternehmern eine neue „Akkordbasis“, d.h. einen über dem Ecklohn liegenden Akkordgrundlohn, von dem aus die Akkordmehrverdienste errechnet wurden. Diese Akkordbasis wurde auf 115 Prozent festgelegt, was bedeutete, daß die Akkordarbeiter bei „normaler Leistung“ 15 Prozent mehr Lohn verrechnen konnten, als der Grundlohn der betreffenden Lohngruppe für Zeitlöhner betrug. Bei Mehrleistung wurde der Mehrverdienst nicht, wie bisher üblich, bezogen auf den Grundlohn (= 100 Prozent), sondern auf die „Akkordbasis“ (= 115 Prozent) berechnet. Wenn es in anderen Industriezweigen auch nicht möglich war, eine ähnlich günstige Regelung für den Wiedereinstieg in die Akkordarbeit durchzusetzen, so gelang es doch den meisten Industriegewerkschaften, einen Akkord-Richtsatz, der deutlich über dem Verdienst der Zeitlöhner lag, zu vereinbaren und so selbst für diejenigen Arbeiter, die nicht mehr als die Norm schafften, eine Lohnsteigerung beim Übergang zum Leistungslohn zu sichern.⁴²

Selbstverständlich hätte die so gewonnene Möglichkeit, mehr zu verdienen, nicht das erwartete Echo gefunden, wenn der Zusatzverdienst nicht seit der Währungsreform und der Abschaffung des Kartensystems im Sommer 1948 auf dem freien Markt problemlos in Waren hätte umgesetzt werden können.

Die Mitbestimmung nutzten die Gewerkschaften, um im 1951 veröffentlichten sogenannten Dritten REFA-Buch auf die Definition der Normalleistung Einfluß zu nehmen und ihr gewissermaßen eine soziale Schutzklausel beizufügen, in der es hieß, daß unter normaler Arbeitsintensität die Intensität zu verstehen sei, „mit der ein Arbeiter auf die Dauer und im Mittel der täglichen Schichtzeit ohne Gesundheitsschädigungen arbeiten kann, wenn er die in der Vorgabezeit berücksichtigten Zeiten für persönliche Bedürfnisse und gegebenenfalls auch für

41 Siehe Mittelpunkt, S.329, 372.

42 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.322.

Erholung einhält.“⁴³ Allerdings war die Formel noch kein Garant gegen Arbeitshetze. Denn die Festlegung der konkreten Höhe der betrieblichen Normalleistung war, wie Schmiede und Schudlich ausführen, von Gewerkschaften und Betriebsräten nur sehr begrenzt beeinflussbar.⁴⁴ Jedenfalls stellte die Mitarbeit der Gewerkschaften an der Normenarbeit kein Hindernis für die Unternehmen dar, „bis 1955 eine systematische Leistungspolitik wiederherzustellen“.⁴⁵

Den von ihren Gewerkschaften in ihrem prinzipiellen Gegensatz zur Akkordarbeit allein gelassenen Arbeitern blieb keine andere Wahl, als aus deren erneuter Dominanz das Beste zu machen. Die von den Industriegewerkschaften ausgehandelten Einstiegsbedingungen in die Leistungsentlohnung wurden zur Lohnsteigerung genutzt, um die geforderte Leistungssteigerung materiell zu kompensieren. Das „Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer“ stieg in der Bundesrepublik ab 1951 brutto und netto wie auch real kontinuierlich an - von 279 DM monatlich im Jahre 1950 auf 420 DM im Jahre 1955.⁴⁶ „Die Einnahmen und Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten der Bundesrepublik“, schreibt der Sozialhistoriker Wildt, „blieben bis weit in die 50er Jahre hinein bescheiden, ja kärglich.“ Die kontinuierlichen Lohnsteigerungen aber bewirkten, daß in Arbeiterhaushalten „zum Ende der 50er Jahre nicht mehr mit dem Pfennig gerechnet werden mußte.“⁴⁷

Daß auch bei vollständiger Wiederherstellung des kapitalistischen Leistungsregimes eine spürbare Steigerung des Lebensstandards für Arbeiterfamilien möglich wurde, dürfte wesentlich zum Abbau des Mißtrauens gegenüber dem Akkordsystem im Westen Deutschlands beigetragen haben. Zusammen mit den von den Gewerkschaften durchgesetzten lohnpolitischen Verbesserungen beim Einstieg und mit der Möglichkeit einer gewissen sozialen Kontrolle der Normenerhöhungen im Ergebnis der erkämpften Mitbestimmungsrechte erklärt das, warum die Losung „Akkord ist Mord“ unter der Arbeiterschaft der Bundesrepublik im Verlaufe der 50er Jahre immer mehr außer Gebrauch kam.

5. Der 17. Juni 1953 - Die letzte offene Auseinandersetzung um den Akkordlohn in Deutschland

Anders als in der Bundesrepublik erschallte die alte Losung „Akkord ist Mord“ in der DDR in den Tagen des 17. Juni 1953 wieder auf den Straßen. Die Tradition der Anti-Akkordlohn-Kampagnen der Zeit vor 1933 war dort, im Unterschied zu Westdeutschland, wieder aufgenommen worden. Legt man die radikalere

43 Das REFA-Buch, Bd. 2: Zeitvorgabe, hrsg. vom Refa-Verband, München 1958 (1. Auflage 1951), S.28; siehe auch Schmiede/Schudlich, *Entwicklung*, S.324.

44 Siehe ebenda, S.324-328.

45 Siehe ebenda, *Entwicklung*, S.313.

46 Siehe Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band West, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1999, S.29.

47 Michael Wildt: *Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren*, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S.275-289, hier S.276, 288.

Forderungen der Streikenden zugrunde, dann zielten die Proteste darauf ab, die Forderung nach Abschaffung des Akkordlohnes, die 1918 erhoben worden war und deren Realisierung die Arbeiterschaft während der ersten Nachkriegsjahre sehr nahe war, in Ostdeutschland endgültig Wirklichkeit werden zu lassen: die prinzipielle Abschaffung der Akkordarbeit zugunsten eines „gesunden Stundenlohnes“.

Warum diese gegen die Akkordarbeit gerichtete Tradition in Ostdeutschland so deutlich auflebte, läßt sich nur verständlich machen, wenn die Unterschiede in der Entwicklung der Normen und des Lohnes in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 zum Ausgangspunkt der Erklärung gemacht werden.

Für den Zeitraum von 1945 bis 1948 sind die Unterschiede in beiden Teilen Deutschlands noch so gering, daß sie ignoriert werden können. Der Akkordlohn befand sich - trotz alliierter Proklamationen über seine Weiterexistenz - in den Westzonen wie in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Rückzug. Für den Zeitraum Sommer/Herbst 1948 bis 1952 werden die Unterschiede größer, sind aber noch nicht prinzipieller Art. Auf den ersten Blick mögen die Gemeinsamkeiten sogar signifikanter erscheinen. Von seiten der über die Produktionsmittel Verfügenden (der Privatunternehmer im Westdeutschland, der SED und der Regierung in Ostdeutschland) bestand großes Interesse an der Wiedereinführung des Leistungslohnes als Mittel der Steigerung der Produktivität. Die Gewerkschaften in Ost und West konnten und wollten sich dieser Argumentation nicht entziehen und beteiligten sich gegen eine gewisse Reformierung des Leistungslohnsystems an der erneuten Ausdehnung der Akkordarbeit.

Die Unterschiede zwischen Ost und West beginnen dort, wo die tatsächlich erreichte Leistungssteigerung in den Blick kommt. Sie war zweifellos in der DDR, nicht zuletzt wegen des Desinteresses der Manager in der Industrie an „echten“ Normen, deutlich geringer. Doch darf nicht vergessen werden, daß bis Mitte der 50er Jahre auch die Eigentümer im Westen noch Abstriche an der vollen Entfaltung ihrer Praktiken zur Lohnkostensenkung durch Leistungsanreize machen mußten. Der entscheidende Unterschied tat sich im Frühjahr 1953 auf, als die SED-Führung mit dem „Feldzug für strengste Sparsamkeit“ ein Lohnsenkungsprogramm einleitete, das sowohl die Brutto- und Nettolöhne als auch die Reallöhne traf. In diesem Lohnsenkungsprogramm war die geforderte pauschale zehnprozentige Normenerhöhung innerhalb von wenigen Wochen zu realisieren. Das war der, in den Augen der Arbeiterschaft, weitestreichende Angriff auf ihren Lebensstandard. Als die Arbeiter der DDR am 16. Juni auch noch erfahren mußten, daß die SED-Führung, die 1948 bis 1952 in der Normenfrage immer wieder zu Kompromissen bereit gewesen war, dieses Mal unnachgiebig bleiben würde, wurde die Normenfrage zum Anlaß und zum Auslöser der Streiks und Protestdemonstrationen des folgenden Tages, die rasch über die Forderung der Arbeiter nach einer ihnen genehmen Regelung der Normenfrage hinausgingen und in den Ruf nach dem Sturz der DDR-Regierung und gesamtdeutschen Neuwahlen mündeten.

Kampfkationen gegen sinkende Reallöhne hatte es - viereinhalb Jahre zuvor - auch in der Bundesrepublik gegeben, als Erhard, bevollmächtigt durch das Leitsatzgesetz im

Juli 1948, zwar in großem Maßstabe die Konsumgüterpreise freigab, aber auf einem Lohnstopp beharrte. Das Problem war - u.a. durch Androhung und Ausführung eines Generalstreiks der aufgebrachtten Arbeiter unter Führung der Gewerkschaften - im Oktober 1948 durch die Freigabe der Löhne behoben worden⁴⁸, ohne daß es bei den Streiks und Protestaktionen zu einer Verknüpfung von Reallohnhöhe und Akkord-Richtsätzen gekommen war, wie es dann im Frühjahr 1953 in der DDR geschah.

Nur wenn man die Lohnentwicklung in beiden deutschen Staaten berücksichtigt, kann erklärt werden, warum der traditionelle Kampf der Arbeiter gegen den Akkordlohn in der DDR, anders als in der Bundesrepublik, im Jahre 1953 noch einmal einen Höhepunkt erreichte.

¹ Siehe Weimer, Wirtschaftsgeschichte, S.61-64.

Verrat? Fakten - Fiktionen - Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil II

Am 29. Oktober 2004 führt die Berliner bundesweite Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die **zweite Runde** der wissenschaftlichen Diskussion zum o. g. Thema durch.

(Vgl. Information im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. II/2003, S. 187-189; zu einigen Ergebnissen der 1. Runde vgl. ebenda, H.III/2003, S. 127-131, 172-177.)

In einführenden Beiträgen und Kurzvorträgen soll es um die historischen Phasen 1914-1945 und 1945-1990 unter ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen sowie um die theoretische, ethische und kulturhistorische Dimension der "Verrats"-Geschichte, darunter Verrat als künstlerisches Motiv im 20. Jahrhundert, gehen. Konzentriert auf die deutsche Bewegung, soll die internationale Sicht eingeschlossen werden. Nachdem auf der 1. Tagung das Thema mit zwei Grundsatzreferaten und weiteren 10 Beiträgen zu einzelnen Ereignissen und Biographien, in deren Zentrum der Verratsvorwurf gestanden hatte, eingeleitet worden war, soll nunmehr eine Gesamtschau versucht werden.

Die Materialien aller Diskussionsrunden werden in einem Buch der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Tagung findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzsaal, statt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Jörn Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44310123/172, schuetrumpf@rosalux.de. Für den Förderverein: Dr. Simone Barck, Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin, Tel./Fax 030/28 57 881, barck&zzf-pdm.de, und Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, u.plener@web.de.